

OSTEUROPA ist eine interdisziplinäre Monatszeitschrift zur Analyse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Zeitgeschichte in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa. OSTEUROPA ist Forum des Ost-West-Dialogs und behandelt gesamteuropäische Themen.

OSTEUROPA is member of *eurozine* network: www.eurozine.com

ISSN 0030-6428

Redaktion: Dr. Manfred Sapper, Dr. Volker Weichsel, Margrit Breuer, Olga Radetzkaja, Dr. Andrea Huterer, Ansgar Gilster.

An diesem Heft haben Julia Hettler und Henner Kropp mitgearbeitet.

Schaperstraße 30, 10719 Berlin, 030/30 10 45 81 und 30 10 45 82

030/21 47 84 14; osteuropa@dgo-online.org; <www.osteuropa.dgo-online.org>

Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (DGO).

Vorstand: Prof. Dr. Rita Süßmuth (Präsidentin), Prof. Dr. Wolfgang Eichwede, Prof. Dr. Thomas Bremer, Prof. Dr. Christine Engel, Prof. Dr. Angelika Nussberger, Prof. Dr. Sebastian Lentz, Prof. Dr. Rainer Lindner, Dr. Klaus Mangold, Prof. Dr. Birgit Menzel.

Geschäftsführung: Dr. *Andreas Wittkowsky*, Schaperstraße 30, 10719 Berlin, 030/21 47 84 12 info@dgo-online.org; <www.dgo-online.org>

Erscheinungsweise: monatlich. **Bezug:** über den Verlag, den Buchhandel und die DGO. Das Abo gilt für ein Jahr und verlängert sich, wenn nicht 6 Wochen vor Ablauf des Kalenderjahres schriftlich beim Berliner Wissenschafts-Verlag gekündigt wird.

Preise: Jahresabo 84,00 €, für Mitglieder der DGO, Studierende, Schulen 49,00 € (plus Porto), Einzelheft 10,00 €, Themenhefte je nach Umfang zwischen 15,00 € und 32,00 €.

Versandkosten für ein Abo in Deutschland 12,00 €, im Ausland 28,50 €, für Einzelhefte/Themenhefte in Deutschland je nach Umfang 1,00/4,00 €, für Einzelhefte/Themenhefte ins Ausland je nach Umfang 3,00/4,50/6,00 €.

Berliner Wissenschafts-Verlag, Axel-Springer-Str. 54b, 10117 B, 030/841770-0; bwv@bwv-verlag.de.

Manfred Sapper, Volker Weichsel (Hg.):

Freiheit im Blick

1989 und der Aufbruch in Europa

400 S., 50 Abbildungen

Berlin (BWV) 2009 [= OSTEUROPA 2-3/2009]

ISBN 978-3-8305-1604-0

© OSTEUROPA/DGO Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil der Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung der Redaktion vervielfältigt und verbreitet werden. Unter dieses Verbot fällt die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung über CD-Rom und andere elektronische Datenträger.

Bildnachweis: Cestou na východ. Podle vyprávění Karla Cudlína napsal Jáchym Topol. Praha 2008. – Forschungsstelle Osteuropa: Samizdat. Alternative Kultur in Zentral- und Osteuropa: Die 60er bis 80er Jahre. Bremen 2000. – Heidrun Hamersky (Hg.): Gegenansichten. Fotografien zur politischen und kulturellen Opposition in Osteuropa 1956–1989. – Baltijos kelias 1989–1999. Vilnius 1999. – Siegfried Salzmann: Mythos Europa. Bremen 1988. – Ullsteinbild.

Der Band erscheint mit freundlicher Unterstützung dieser Institutionen:



Hessische Landeszentrale
für politische Bildung



osteuropa

59. JAHRGANG/2-3/FEBRUAR-MÄRZ 2009

Freiheit im Blick 1989 und der Aufbruch in Europa

<i>Editorial</i>	1989 und der Geist der Zeit	5
<i>Vorwort</i>	Momentaufnahme	7
<i>Adam Michnik</i>	Verteidigung der Freiheit Reflexionen über 1989	9
<i>György Konrád</i>	Ohne Prügel und Waffengetöse Notizen aus der Wende: Dez. '88–Jan. '89	19
<i>Petr Pithart</i>	Geburtsmale Wie die „Revolution“ zum „Umbruch“ verkam	27
<i>Tomas Venclova</i>	Die in der Kälte wohnten Die litauische Dissidenz 1953–1980	41
Geschichte		
<i>Karl Schlögel</i>	Die Ameisenhändler vom Bahnhof Zoo Geschichte im Abseits und vergessene Europäer	53
<i>Wolfgang Eichwede</i>	Don Quichottes Sieg Bürgerrechtler und die Revolutionen von 1989	61
<i>Oldřich Tuřna</i>	Der verschwundene Schatten Der Regimekollaps der ČSSR im Vergleich	85
<i>Andrzej Paczkowski</i>	Polnischer Bürgerkrieg Der unaufhaltsame Abstieg des Kommunismus	97

<i>Gerhard Simon</i>	List der Geschichte Perestrojka, Mauerfall und das Ende der UdSSR	119
<i>Fedor Luk'janov</i>	Blick zurück nach vorn Russland zwischen Geschichte und Globalisierung	133
<i>Jerzy Holzer</i>	Abschied von einer Illusion Die <i>Solidarność</i> und die konfliktfreie Gesellschaft	151
<i>Jiřina Šiklová</i>	Freiheit ist nicht maskulin Die tschechische Frauenbewegung vor und nach 1989	167
<i>Edmund Wnuk-Lipiński</i>	Der große Wandel Polen auf dem Weg zum „Runden Tisch“	173
<i>Stefan Samerski</i>	Teufel und Weihwasser Der Papst und die Erosion des Kommunismus	183

Geist

<i>Jáchym Topol</i>	Von der Irrenanstalt nach Europa Über die Obsession der Geschichte	195
<i>Katharina Raabe</i>	Der erlesene Raum Literatur im östlichen Mitteleuropa seit 1989	205
<i>Aleš Šteger</i>	Erbarmen! Erbarmen! Herr Professor, Verstehen Sie das Leben?	229
<i>Gemma Pörzgen</i>	Dynamik und Verharren Europäische Öffentlichkeit und ihre Grenzen	237
<i>Christina Links Katharina Raabe</i>	„Literatur, von der wir geträumt hatten!“ Das Buch und die Ambivalenzen von 1989	251
<i>Tomas Venclova</i>	Berlin Drei Gedichte	264
<i>Doris Liebermann</i>	„Ich begreife nur den Menschen, der stürzt“ Osteuropäische Einflüsse in Hans-Hendrik Grimmlings Werk	271

<i>Dobrochna Dabert</i>	Der Umbruch 1989 im polnischen Film	283
<i>Ivaylo Ditchev</i>	Grenzfälle Eine Gebrauchsanweisung	291

Zeit

<i>Stefan Auer</i>	Wer hat Angst vor Osteuropa? Nationalismus und EU-Integration nach 1989	311
<i>Kai-Olaf Lang</i>	Rebellion der Ungedulden Populismus in Ostmitteleuropa	333
<i>Dorothee Bohle Béla Greskovits</i>	Wirtschaftswunder und Staatsverschuldung Zur politischen Ökonomie Ostmitteleuropas	349
<i>Vladimír Handl</i>	Vom Sowjetsatelliten zur Westintegration 20 Jahre tschechische Europapolitik: Eine Bilanz	357
<i>Aleksander Smolar</i>	Die Mauer in den Köpfen Die Erinnerungskultur spaltet Europa	369
<i>Robert Brier</i>	Große Linien Zur Historisierung des Wandels um 1989	381
Abstracts		392

die an sie geknüpften verbindlichen Emotionen noch lange nicht ausgelöscht, doch die konkrete menschliche Erfahrung verwebt sie miteinander, sie werden komplexer und nuancierter. Aus der Nähe gesehen zerfällt der Andere in eine Vielzahl von Anderen. Es gibt Orte, an denen konsumiert und gefeiert wird, Orte, an denen es schnell viel Geld zu verdienen gibt, Orte, an denen man gewesen sein muss, um davon zu erzählen und dadurch sein Prestige zu vergrößern, Orte, die es zu meiden gilt, es gibt alle möglichen Orte. Die Grenzen sterben aus, indem sie sich vervielfältigen.

Aus dem Bulgarischen von Michael Meznik, Wien



Grenze im Niemandsland

Stefan Auer

Wer hat Angst vor Osteuropa?

Nationalismus und europäische Integration nach 1989

EU-Enthusiasten laufen Gefahr, zum Niedergang der Europäischen Union beizutragen. Ursache sind verzerrte Ansichten über Europas Vergangenheit und unrealistische Erwartungen an seine Zukunft. Weder lässt sich die Integration länger aus den historischen Erfahrungen der Gründerstaaten ableiten, noch haben wir es mit einer „postnationalen Konstellation“ zu tun, in der Verfassungspatriotismus den Sinn der Integration stiften kann. Die EU von 27 Staaten ist heterogener als die EWG von sechs. Doch dies ist keine Belastung, die überwunden werden muss. Differenz und Konflikte sind eine Chance und der Kern des Politischen. Auf dem Programm steht die Repolitisierung der EU.

Jeder hat anscheinend Angst vor Herzoslowakien und vor dem Einfluss, den es möglicherweise auf Europa ausübt. Sieht man sich die wechselvolle Geschichte dieses Landes an, dann überrascht das allerdings nicht, hat doch die Bevölkerung hier ein besonderes „Steckenpferd“: „Könige ermorden und Revolutionen anzetteln“.¹ Die Menschen in Herzoslowakien sollen „pittoresk“ sein, aber auch „sehr reaktionär“ und „höchst unzivilisiert“.² Aber wo liegt dieses Land genau? Auf konventionellen Karten sind seine Grenzen zwar nicht verzeichnet, aber es soll sich irgendwo zwischen Serbien und Rumänien befinden. Auf jeden Fall liegt es in Osteuropa. Es ist das Osteuropa der westlichen Imagination; ein Ort, der in einem Kriminalroman erfunden wurde. Agatha Christie schuf Herzoslowakien 1925 als Hintergrund für eine ihrer zahllosen Mordgeschichten. In der fiktiven Erzählung bedrohte das erfundene Land wegen seiner politischen Instabilität den Frieden in Europa. Der Reiz dieses zeitlosen Kon-

Stefan Auer (1964), Dr. phil., slowakischer Politikwissenschaftler, stellvertretender Direktor des *Innovative Universities European Union Centre*, La Trobe University, Melbourne

Für Hinweise zu diesem Beitrag sei Robert Horvath, Matt Killingsworth, Tony Phillips und David Vaughan gedankt. Für Anregungen bin ich den Organisatoren und Teilnehmern der Konferenz „Nationalismus und Populismus in Europa“ in Sofia (6.–8.11.2008) dankbar: Giuliano Amato, Marek Cichocki, Ivan Krastev, Fabrice Larat, Christoph Müller-Hofstede, Anja Ostermann und Jacqueline Nießer.

Von Stefan Auer erschienen in *OSTEUROPA: Aussichten auf die Revolution. Politisches Denken in West und Ost im 20. Jahrhundert* in: OE, 2/2008, S. 81–89. – *Der verlorene Schatz der Revolution. Hannah Arendt und die Revolutionen 1956, 1968 und 1989*, in: OE, 9/2006, S. 85–97. – *Das Erbe von 1989. Revolutionen für Europa*, in: *Die Einigung Europas – Zugkraft und Kraftakt* [= OE, 5–6/2004], S. 31–46.

¹ Maria Todorova: *Die Erfindung des Balkans. Europas bequemes Vorurteil*. Darmstadt 1999, S. 177. – Agatha Christie: *Die Memoiren des Grafen*. Frankfurt/Main 2008, S. 8.

² *Die Welt*, 8. 10. 2008.

strukts und seine Nützlichkeit für unsere Untersuchung bestehen darin, dass es sich um einen Versuch handelt, den Archetyp eines kleinen osteuropäischen Landes zu schaffen, indem man den Balkan und Mitteleuropa miteinander verknüpft. Der Name verweist ganz offensichtlich auf Herzegowina und die Tschechoslowakei.³ Seine Botschaft ist klar: Der Osten ist gefährlich.

Die Ängste vor einem kleinen Land im Osten, welches ganz Europa destabilisiert, wurden im Vorfeld der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2009 wiederbelebt. Darin liegt eine gewisse historische Ironie. Die Tatsache, dass ein Land aus dem ehemaligen Ostblock in dem Jahr, in dem sich der Zusammenbruch des Kommunismus zum zwanzigsten Mal jährt, die Führung der Union übernehmen sollte, war nicht so sehr ein Grund zum Feiern, als vielmehr ein Grund zur Sorge. Die westeuropäischen Medien waren sich darin einig, eine unruhige Ratspräsidentschaft vorherzusagen.⁴ Diese Befürchtung wurde zum Teil durch den ausgesprochen euroskeptischen Präsidenten Václav Klaus genährt,⁵ aber auch durch ältere Befürchtungen, dass die Nationen des „Neuen Europa“ den Herausforderungen der europäischen Integration nicht gewachsen seien; Herausforderungen, welche die Nationen im „Alten Europa“ besser zu bewältigen gewohnt waren. Die Sorge war so groß, dass sich der französische Präsident Nicolas Sarkozy erbot, an seiner Führungsrolle in Europa weit über die Dauer der französischen Ratspräsidentschaft hinaus festzuhalten. Dieses Angebot wurde nicht in so groben Worten vorgetragen, wie sie Präsident Chirac im Jahr 2003 gebraucht hatte, der die damaligen Beitrittskandidaten aus Ostmitteleuropa gescholten hatte, dass sie angesichts der von den USA geplanten Invasion im Irak eine Gelegenheit versäumt hätten, den Mund zu halten.⁶ Die auch Sarkozys Angebot zugrundeliegende Haltung war jedoch nicht weniger herablassend: In den turbulenten Zeiten, die vor uns liegen, konnte man den Tschechen die Führung der Europäischen Union nicht voll anvertrauen; sie waren unerfahren, nahmen eine euroskeptische Haltung ein und standen außerhalb der Eurozone.⁷

Westeuropäische Eliten verspüren ein Unbehagen gegenüber dem „Neuen Europa“ in zweierlei Bedeutung dieses Begriffs: als eine temporale Beschreibung der Zukunft Europas und als eine geographische Beschreibung der Länder aus dem ehemaligen Ostblock. Erstens fürchten sie das „Neue Europa“ als ein künftiges Europa, das zwangsläufig ganz anders sein wird als das, was sie vor 1989 angestrebt und erwartet hatten. Sie beklagen den Verlust des „Alten Europa“, das geographisch durch den Kalten Krieg zusammengehalten worden war, der dazu beigetragen hatte, dass dieses „Alte Europa“ relativ homogen blieb. Man sollte nicht vergessen, dass die Europäische Union die Zahl ihrer Mitgliederstaaten seit dem Zusammenbruch des Kommunismus mehr als verdoppelt hat. Das künftige Europa ist durch einen höheren Grad von Heterogenität gekennzeichnet, der dazu führen wird, dass es sich schwerer lenken und reformieren lässt.

³ Todorova, Die Erfindung des Balkans [Fn. 1], S. 178.

⁴ Karl-Peter Schwarz: Die Legende von den Euroskeptikern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.12.2008.

⁵ Charlemagne: The Next EU Presidency: Grumpy Uncle Vaclav, in: The Economist, 4.12.2008.

⁶ Chirac Comments Send a Jolt through EU, Deutsche Welle, 19.2.2003.

⁷ Wolfgang Proissl: Lob von allen Seiten. „Sarkozy, encore une fois!“, in: Financial Times Deutschland, 20.10.2008.



Der slowakische Dissident Milan Šimečka (1930–1990), 1977.
© Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Zweitens haben die westeuropäischen Eliten auch Befürchtungen hinsichtlich gewisser Tendenzen im „Neuen Europa“, von denen sie es gern gesehen hätten, dass diese auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet wären. Die Tatsache, dass es in den neuen Mitgliedstaaten fortwährend Bemühungen um die Wahrung der nationalen Souveränität gibt und ein ethnozentrischer Nationalismus dort bei den Wählern Anklang findet, wird als ernsthaftes Hindernis für die Einheit Europas angesehen, auch wenn man häufig übersieht, dass derartige Anschauungen nicht auf den ehemaligen Ostblock beschränkt sind. Diese Einstellung ist ein klassisches Beispiel für das, was Freud als den „Narzissmus des kleinen Unterschieds“ bezeichnet hat: Die westliche Furcht vor den „Barbaren“ im Osten wird durch die Furcht vor „Barbaren“ im Inneren verstärkt. Während man dazu neigt, eine euroskeptische Haltung und das Aufkommen einer populistischen, ethnozentrischen Politik im Westen als bloß vorübergehenden Rückschlag auf dem Marsch hin zu einer „immer engeren Union“ wegzuerklären, betrachtet man ähnliche Tendenzen in Ostmittel- und Osteuropa als Erscheinungen, welche die vorgefassten Meinungen über den rückständigen Osten bestätigen. Damit weicht man den wirklich wichtigen Fragen aus.

Weshalb ist eine populistische Politik in Europa, im Osten wie im Westen, so populär? Wie soll man am besten mit ihr umgehen? Eine Annäherung an eine Antwort setzt voraus, die Defizite des herrschenden Diskurses über das Projekt der europäischen Einheit nach 1989 zu analysieren, wie er im Westen formuliert wurde. Die Versuche, zu einem föderaleren Europa, den „Vereinigten Staaten von Europa“⁸ oder zu einem „kosmopolitischen Europa“ zu gelangen,⁹ das auf dem Ideal einer postnationalen Bürgerschaft beruht,¹⁰ sind weder realistisch noch wünschenswert. Ob es uns gefällt oder nicht, in Europa und anderswo gilt: „Nationen sind wichtig.“¹¹ Für ein besseres Verständnis der europäischen Integration ist ein realistischerer Blick auf den Nationalismus unabdingbar; ein Blick, der den Reiz populistischer Politik zu erfassen vermag. Es ist nicht hilfreich, wenn man die Sorgen der Menschen um nationale Souveränität eskamotiert. Ebensovienig ist damit zu rechnen, dass wir zu einem Europa von sechs, neun oder zwölf Mitgliedstaaten zurückkehren werden, ganz gleich, ob man dieses Konstrukt als „Kerneuropa“, „altes Europa“ oder als „Avantgarde-Europa“ bezeichnet. Der Erfolg der jüngsten und der künftigen Erweiterungen hängt entscheidend davon ab, ob die EU in der Lage sein wird, sich so zu verwandeln, dass die Demokratien auf nationaler Ebene dadurch gestärkt werden.

Östlicher und westlicher Nationalismus?

Unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Kommunismus war eine Befürchtung weit verbreitet, dass die Nationen Ostmittel- und Osteuropas auf alte Formen eines ethnozentrischen Nationalismus zurückgreifen würden, was ihre Bemühungen um

⁸ Jürgen Habermas: Ach, Europa. Frankfurt/Main 2008, S. 87.

⁹ Ulrich Beck: Der kosmopolitische Blick oder: Krieg ist Frieden. Frankfurt/Main 2004, S. 245.

¹⁰ Jürgen Habermas: Die postnationale Konstellation. Politische Essays. Frankfurt/Main 1998.

¹¹ Craig J. Calhoun: Nations Matter. Culture, History, and the Cosmopolitan Dream. New York 2007.

eine „Rückkehr nach Europa“ behindern würde.¹² Zahlreiche skeptische Beobachter erwarteten, dass das ideologische Vakuum, das sich nach dem Niedergang des Marxismus ausbreitete, von einem fremdenfeindlichen Nationalismus gefüllt werden würde.¹³ Für Vernon Bogdanor bestand „die grundlegende Herausforderung, vor der die aufstrebenden Demokratien Ostmittel- und Osteuropas stehen“, in der „Notwendigkeit, den Nationalismus zu überwinden“.¹⁴ Diesen Ideen lag eine ältere Unterscheidung zwischen einer „östlichen“ und einer „westlichen“ Art von Nationalismus zugrunde. Während erstere auf den Idealen ethnischer Reinheit basiere und häufig bössartige Formen annehme, sollte letztere die aufgeklärten Ideale aktiver Bürgerschaft repräsentieren und gegenüber Fremden tendenziell offener sein.¹⁵ Daher unterscheiden Nationalismusforscher gern zwischen ethnischen und staatsbürgerlichen Formen von Nationalismus. Sie haben die Auffassung vertreten, dass Frankreich als idealtypische, westliche Nation das Beispiel für „staatsbürgerlichen“ Nationalismus darstelle, während die Slowakei, Polen oder Bulgarien durch einen „ethnischen“ Nationalismus charakterisiert seien. In dieser Darstellung ist der Westen fortschrittlich und aufgeklärt, während der Osten rückständig und reaktionär ist.

Es ist daran zu erinnern, dass sich die imaginäre Trennlinie zwischen dem „progressiven Westen“ und dem „reaktionären Osten“ im Laufe der Zeit unter Einwirkung veränderter historischer Verhältnisse verschoben hat. Hans Kohn, der diese Unterscheidung während des Zweiten Weltkriegs entscheidend prägte, siedelte Deutschland eindeutig in Osteuropa an; der deutsche Nationalismus sollte letztlich für den Aufstieg des Nationalsozialismus verantwortlich sein. Für John Plamenatz, der in den 1970er Jahren schrieb, lieferten Italien und Deutschland ungeachtet der historischen „Unfälle“ von Faschismus und Nationalsozialismus eindeutige Beispiele für einen westlichen Nationalismus, während die slawischen Nationen im Osten angesiedelt wurden – von wo sie nur allmählich in eine „ihnen fremde“ westliche Zivilisation einbezogen worden seien.¹⁶ Jiří Kořalka hingegen, der nach dem Zusammenbruch des Kommunismus schrieb, war der festen Überzeugung, dass die Tschechen den exemplarischen Fall eines „westlichen“ Nationalismus darstellen.¹⁷ Zu dieser Zeit schien die Unterscheidung zwischen den beiden Arten von Nationalismus durch die gewalttätige Explosion extremer nationalistischer Kräfte auf dem Balkan gerechtfertigt: Das ehemalige Jugoslawien wurde zu jedermanns „Osteuropa“. Die ethnische Gewalt auf dem Balkan wurde der demokratischen Qualifikation der Nationen Ostmitteleuropas gegenübergestellt. Wie der ehemalige polnische Minis-

¹² George Schöpflin: Nationalism and Ethnicity in Europe, East and West, in: Charles A. Kupchan (Ed.): Nationalism and Nationalities in the New Europe. Ithaca, N.Y. 1995, 37–65.

¹³ Kenneth Jowitt: New World Disorder. The Leninist Extinction. Berkeley 1992. – Vladimir Tismaneanu: Fantasies of Salvation. Democracy, Nationalism, and Myth in Post-Communist Europe. Princeton, N.J. 1998, S. 20–22.

¹⁴ Vernon Bogdanor: Overcoming the Twentieth Century. Democracy and Nationalism in Central and Eastern Europe, in: The Political Quarterly, 1/1995, S. 84–97, hier S. 97.

¹⁵ Hans Kohn: Die Idee des Nationalismus. Ursprung und Geschichte bis zur Französischen Revolution. Heidelberg 1950.

¹⁶ John Plamenatz: Two Types of Nationalism, in: Eugene Kamenka (Ed.): Nationalism. Cambridge 1973, S. 30.

¹⁷ Jiří Kořalka: Hans Kohns Dichotomie und die neuzeitliche Nationsbildung der Tschechen, in: Eva Schmidt-Hartmann (Hg.): Formen des nationalen Bewußtseins im Lichte zeitgenössischer Nationalismustheorien. München 1994, S. 269–275, hier S. 275.

terpräsident Tadeusz Mazowiecki feststellte, war diese Erfahrung *auch* für das „Neue Europa“ konstitutiv:

Auch Sarajevo und Srebrenica sind Symbole dessen, was im neuen Europa in den letzten Jahren geschah. Die Bedrohung durch den Kommunismus ist ersetzt worden durch eine Bedrohung durch den Nationalismus.¹⁸

Vor etwa zehn Jahren habe ich versucht, beide Begriffsbildungen, sowohl die undifferenzierte Verwerfung des Nationalismus als auch die reduktionistische Unterscheidung zwischen den beiden Arten von Nationalismus, zu problematisieren. Erstens stellte ich in Anlehnung an Yael Tamir die Unterscheidung ethnisch vs. staatsbürgerlich in Frage, da selbst ein „staatsbürgerlicher“ Nationalismus zu Ausschließungsmaßnahmen führen kann.¹⁹ Zweitens wies ich nach, dass der Versuch, die Qualität von Nationalismus in eine geographische Anordnung zu bringen, verfehlt sei.²⁰ Die zugrundeliegende Annahme, je weiter man in Europa nach Osten komme, desto stärker sei der Nationalismus fremdenfeindlich, ist unhaltbar. Meine Leithypothese war, dass verschiedene Arten von Nationalismus – liberaler *und* illiberaler – in allen Ländern um die Vorherrschaft ringen, unabhängig davon, ob sie in Westeuropa oder in Osteuropa liegen. Nationalismus wurde in Europa zur Legitimation linksgerichteter und rechtsgerichteter repressiver Regimes eingesetzt. Er diente wiederholt aber auch als Instrument nationaler Befreiung. Das jüngste Beispiel sind die Revolutionen von 1989. Am Beispiel der postkommunistischen Entwicklung in Tschechien, Polen und der Slowakei zeigt sich, dass es selbst in diesen „osteuropäischen“ Ländern eine einflussreiche Strömung eines liberalen Nationalismus gab, der die Demokratisierung und die Ziele der europäischen Integration beförderte.²¹ Der Zeitpunkt meiner Veröffentlichung war sehr günstig.²² Er schien die optimistische Hypothese gerechtfertigt zu haben, der zufolge der liberale Nationalismus in Ostmitteleuropa im Begriff ist, zu einer einflussreichen Kraft zu werden oder sogar die Oberhand zu gewinnen. Als die Europäische Union 2004 acht neue Mitglieder aus dem ehemaligen Ostblock, darunter die Tschechische Republik, Polen und die Slowakei, willkommen hieß, schien diese Behauptung äußerst zutreffend zu sein. Selbst der Slowakei, die zuvor als „schwarzes Loch“ auf der Karte Europas gegolten hatte, da sie bis

¹⁸ Tadeusz Mazowiecki: Politik und Moral im neuen Europa. Jan Patočka-Gedächtnisvorlesung des IWM 1997. Wien 1999, S. 24.

¹⁹ Yael Tamir: Liberal Nationalism. Studies in Moral, Political, and Legal Philosophy. Princeton, N.J. 1993.

²⁰ Stefan Auer: Nationalism in Central Europe – a Chance or a Threat for the Emerging Liberal Democratic Order, in: East European Politics and Societies, 2/2000, S. 213–245.

²¹ Stefan Auer: Liberal Nationalism in Central Europe. London 2004.

²² Das Buch wurde in angelsächsischen Zeitschriften positiv besprochen, in Deutschland, Ostmittel- und Osteuropa aber weitgehend ignoriert. Ausnahmen sind: Michal Kopeček: Důležitý impuls a řada otazníků, in: Soudobé dějiny, 3–4/2006, S. 480–485, und Iván Zoltán Dénes, Liberalizmus és nacionalizmus, in: Beszélő, 2/2006; <<http://beszelo.c3.hu/cikkek/liberalizmus-es-nacionalizmus>>. Abschreckend für potentielle Rezensenten war möglicherweise der scheinbar widersinnige Titel „Liberal Nationalism“. Während im Englischen ein wertneutrales Verständnis des Terminus „nationalism“ möglich ist, haben im Deutschen, Slowakischen, Ungarischen oder Polnischen die entsprechenden Begriffe – Nationalismus,

1998 von dem Populisten Vladimír Mečiar beherrscht worden war,²³ gelang es, sich wieder dem proeuropäischen Lager anzuschließen. Die Integration dieser Länder in die EU wurde als das abschließende Zeugnis des Erfolgs der postkommunistischen Demokratisierung in Ostmitteleuropa betrachtet. Ihre Rückkehr nach Europa ging Hand in Hand mit der Konsolidierung der Demokratie.

Nach 2005: eine „samtene Konterrevolution“?

Registriert man jedoch die jüngste Wiederbelebung extremer nationalistischer und populistischer Bewegungen in Ostmittel- und Osteuropa, dann kann man nicht umhin, sich zu fragen, ob dieser Optimismus nicht verfrüht war und wir nicht Zeugen einer „samtene Konterrevolution“ sind.²⁴ Ein partieller Rückschlag gegen die Europäisierung lässt sich bis zu den Wahlen von 2005 in Polen zurückverfolgen.²⁵ Für Gavin Rae etwa war das Wiedererstarken der extremen Rechten in Polen ein deutliches Zeichen dafür, dass „das Gespenst des Konservatismus“ in Ostmitteleuropa umgeht.²⁶ In ähnlicher Tonart schrieb Jacques Rupnik über eine „Demokratiemüdigkeit“, die nahezu unweigerlich zum „populistischen Rückschlag“ führte.²⁷ Es scheint fast so, als brauchten sich die Länder, die zu vollen Mitgliedern der EU wurden, keine Gedanken mehr über die EU-Standards zu machen. Da sie nicht mehr durch die Konditionalisierung des Beitrittsprozesses eingeschränkt sind, steht es ihnen offensichtlich frei, sich einem ethnozentrischen Nationalismus zuzuwenden, der durch populistische Politiker wie Robert Fico in der Slowakei und die Kaczyński-Zwillinge in Polen repräsentiert wird. Ungarn und Tschechien haben zwar noch keine Erfahrungen mit extremen nationalistischen Parteien an der Macht gemacht, aber ihre Regierungen haben Mühe gehabt, ihre politische Autorität zu bewahren. Die öffentliche Debatte in Tschechien wird in zunehmendem Maße von Euroskepsis, in Ungarn von populistischem Nationalismus bestimmt. Der tschechische Präsident Václav Klaus ist besonders darauf bedacht gewesen, die unterschwelligen Befürchtungen der Menschen vor den Folgen einer weiteren politischen Integration zu verstärken. Dem gegenwärtigen ungarischen Oppositionsführer und ehemaligen Ministerpräsidenten Victor Orbán ist es weitgehend gelungen, sein ethnozentrisches Programm in den öffentlichen Debatten über historische Schlüsselereignisse wie 1848, Trianon oder 1956 sowie über nationalstaatliche Symbole wie die ungarische Fahne durchzusetzen.

Bevor man der Versuchung erliegt, die Theorie der zwei Arten von Nationalismus in Europa wiederzubeleben, um den Aufstieg des Populismus in Ostmittel- und Osteuropa zu erklären, sollte man lieber daran denken, dass populistische Politik nicht auf

²³ Martin Bútorá, Zora Bútorová: Slovakia's Democratic Awakening, in: Journal of Democracy, 1/1999, S. 80–95.

²⁴ Diesen Begriff prägte Vladimír Tismaneanu, Fantasies [Fn. 13], S. 141.

²⁵ Klaus Bachmann: Die List der Vernunft. Polen, der Populismus und die Modernisierung wider Willen, in: Quo vadis, Polonia? Kritik der polnischen Vernunft [= OSTEUROPA 11–12/2006], S. 13–31.

²⁶ Gavin Rae: Back to the Future. The Resurgence of Poland's Conservative Right, in: Journal of Contemporary Central and Eastern Europe, 2/2007, S. 221–232, hier S. 221.

²⁷ Jacques Rupnik: From Democracy Fatigue to Populist Backlash, in: Journal of Democracy,

postkommunistische Länder beschränkt ist; sie stellt ein gesamteuropäisches Phänomen dar.²⁸ Mit Blick auf Italien, Österreich und die Niederlande beschreiben Daniele Albertazzi und Duncan McDonnell den Populismus als das „Gespenst der westeuropäischen Demokratie“ [Hervorhebung St. A.] im 21. Jahrhundert.²⁹ Überall auf dem Kontinent, im Westen *und* im Osten, gibt es eine zunehmende Entfremdung zwischen den Eliten und dem Durchschnittsbürger, wie man sie in Ermangelung eines besseren Ausdrucks nennen könnte. Während die Eliten sorgenfrei in einem supranationalen Europa ohne Grenzen leben, das von ethnischer und kultureller Vielfalt profitiert, sind die Durchschnittsbürger darauf bedacht, ihr Gefühl lokaler und nationaler Identität zu schützen. Während erstere geneigt sind, sich für neue Wanderungen aus anderen europäischen Ländern und aus der weiteren Welt zu öffnen, sorgen sich letztere um ihre Arbeitsplätze und betrachten Neuankömmlinge als Bedrohung. Ray Taras zeichnet das Bild so:

Während die EU sich in Richtung auf größere institutionelle und diskursive Harmonie bewegt, ist die Realität vor Ort die, dass sie sich auch zu einem ethnischen Pulverfass entwickelt.³⁰

Zwischen diesen beiden Phänomenen gibt es eine beunruhigende Verknüpfung; eine Verknüpfung, welche die Eliten nicht sehen können und/oder wollen. Kosmopolitische Eliten in Europa und anderswo sind blind für soziale Probleme in ihren Gesellschaften, weil sie das „Klassenbewusstsein von Vielreisenden“ entwickelt haben.³¹ Populismus und ethnozentrischer Nationalismus haben sich in Europa nicht *trotz* der kosmopolitischen Agenda ihrer Eliten, sondern in erheblichem Umfang als Reaktion auf ihre ehrgeizigen Pläne herausgebildet.

Die Reaktionen der Elite auf 1989 und die Modernisierungstheorien

Kaum jemand hatte den Zusammenbruch des Kommunismus in Europa erwartet. Als es dann aber plötzlich doch dazu kam, hatte scheinbar fast jeder verstanden, warum er gerade in diesem Moment und auf diese Weise stattfinden *musste*. Akademiker und Intellektuelle im allgemeinen verfügen über eine ausgezeichnete Fähigkeit, die Vergangenheit vorherzusagen; sie sind gut gerüstet, vergangene Ereignisse zu interpretieren, doch dadurch verzerren sie diese allzu oft, indem sie ihnen Bedeutungen beimessen, die ihrem eigenen intellektuellen Interesse näher stehen als dem tatsächlichen Charakter der Ereignisse. Zwar ist es vielleicht möglich, die Geschichte unparteiisch zu beschreiben, so „wie es eigentlich gewesen ist“, um Rankes berühmtes Diktum zu

²⁸ Cas Mudde: *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge 2007, S. 3f.

²⁹ Daniele Albertazzi, Duncan McDonnell (Eds.): *Twenty-First Century Populism. The Spectre of Western European Democracy*. Houndmills, Basingstoke, Hampshire 2007.

³⁰ Ray Taras: *Europe Old and New. Transnationalism, Belonging, Xenophobia*. Lanham 2009, S. 123.

³¹ Diesen Begriff prägte Craig J. Calhoun: *The Class Consciousness of Frequent Travelers. Toward a Critique of Actually Existing Cosmopolitanism*, in: *The South Atlantic Quarterly*,

verwenden, aber es ist hilfreich, sich über methodologische und ideologische Verzerrungen im Klaren zu sein, die einem Verständnis im Weg stehen. Für einige eifrige Verfechter der EU war die komplexe historische Abfolge von Ereignissen, die schließlich zum Ableben des Kommunismus führte, einem einzigen Akteur zu verdanken: „Im Grunde hat es die EU geschafft“, verkündete William Pfaff:

Was das sowjetische System zerstörte, war sein moralischer, politischer und materieller Niedergang und Verfall. Politisch und international wurde es durch die Transformation Westeuropas durch die Europäische Union diskreditiert.³²

In ähnlicher Manier sah Ulrich Beck in der Tatsache, dass sich „das Sowjet-Empire [. . .] friedlich von der Bühne der Weltgeschichte verabschiedet“ hat, eine Rechtfertigung seiner Vision einer „kosmopolitischen europäischen Konföderation“, in der „nationale Welt(bürger)kriege bewältigt werden können, indem man Staat von Nation trennt.“³³ Die Rolle der Dissidenten und anderer lokaler Akteure sowie die erfolgreiche nationale Mobilisierung gegen den Kommunismus in Ostmitteleuropa werden in diesen Darstellungen weitgehend ignoriert.

Modernisierungstheoretiker entdeckten an den Revolutionen von 1989 in Europa nichts Neues und daher kaum etwas, das sie hätte überraschen können.³⁴ Für diejenigen, die gerne simplifizierende Annahmen von Modernisierungstheorien kritisieren, ist Francis Fukuyama der übliche Verdächtige, aber ähnliche Fehlschlüsse anderer einflussreicher Intellektueller wie etwa Jürgen Habermas werden vielfach übersehen. Um Fukuyama Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, sei daran erinnert, dass der Erfolg seines „Endes der Geschichte“ auf ein bemerkenswert kluges Timing zurückzuführen war. Sein ursprünglicher Aufsatz *The End of History* erschien im Sommer 1989, also zu einer Zeit, die sehr turbulent war, aber der Untergang des Kommunismus keineswegs ausgemachte Sache war. Außerdem war Fukuyamas Begeisterung über den Sieg des Liberalismus in der Welt durch seine Skepsis über die Konsequenzen dieses Sieges gedämpft.³⁵

Während Rechtsliberale in 1989 den endgültigen Sieg der liberalen Demokratie auf der Grundlage des freien Marktes sahen, blieb für Linksliberale die Bedeutung von 1989 zwiespältig. Das Verschwinden einer Alternative zu den kapitalistischen Demokratien des Westens musste sie beunruhigen. Wenn sie 1989 zu feiern gewillt waren, dann nur unter der Voraussetzung, dass diese eigenartigen Revolutionen Möglichkeiten eröffneten, eine andere, bessere gesellschaftliche Ordnung in Europa und darüber hinaus zu entwickeln. Für Habermas hatten die Revolutionen von 1989 den Charakter einer „nachholenden Revolution“,³⁶ dank derer die Nationen Ostmittel- und Osteuropas in der Lage waren, mit ihren Pendanten im Westen gleichzuziehen, was schließlich

³² William Pfaff: *Happy Birthday!*, in: *The New York Review of Books*, 26.4.2007.

³³ Beck, *Der kosmopolitische Blick* [Fn. 9], S. 262.

³⁴ Stefan Auer: *Das Erbe von 1989. Revolutionen für Europa*, in: *Die Einigung Europas. Zugkraft und Kraftakt*. Berlin 2004 [= OSTEUROPA, 5–6], S. 31–46.

³⁵ Francis Fukuyama: *Das Ende der Geschichte*. München 1992.

³⁶ Jürgen Habermas: *Die nachholende Revolution*. Frankfurt/Main 1990. – Ders.: *What Does Socialism Mean Today? The Rectifying Revolution and the Need for New Thinking on the*

das ganze Europa, Ost und West, dazu befähigen würde, eine echte politische Emanzipation anzustreben. Der Niedergang des Pseudosozialismus in Osteuropa konnte immerhin den Weg zu einer sozial gerechteren europäischen Gesellschaft ebnen.

Die deutsche Einigung als Vorläuferin der europäischen Einigung

Die deutschen Intellektuellen hatten ein weiteres dringendes Anliegen, mit dem sie sich auseinandersetzen mussten, als der Kommunismus zusammenbrach: das Schicksal der beiden deutschen Staaten. Das Ende des Kommunismus beschleunigte das Ende der westdeutschen Bonner Republik, die sich nach über vierzigjährigem Bestehen selbst bei jenen linken Kritikern, die über viele Jahre das Absterben des „Spätkapitalismus“ erwartet hatten, zögernden Respekt erworben hatte.³⁷ Die neue Herausforderung, die auf die Einigung folgte, bestand darin, die Beziehung zwischen der Bundesrepublik und ihrem Volk neu zu definieren. Die ewige Frage der demokratischen Regierungsform – „wer ist das Volk, das die ursprüngliche Quelle der Macht darstellt?“ – war auf allen großen Demonstrationen der ostdeutschen Revolution von 1989 kurz und bündig präsent. Aus der Behauptung *Wir sind das Volk*, die das Fehlen jeglicher Legitimität des kommunistischen Regimes bloßstellte, wurde rasch *Wir sind ein Volk*, womit die Einheit der deutschen Nation zum Ausdruck gebracht wurde. Die Aussicht auf das Wiedererstehen Deutschlands als ein Nationalstaat bestürzte führende öffentliche Intellektuelle in Ost- und Westdeutschland. Diese Besorgnis war nicht neu. „Die Geschichte des deutschen Nationalstaates ist zu Ende“, verkündete Karl Jaspers 1960:

Was wir als große Nation [...] leisten können, ist die Einsicht in die Welt-situation: dass der Nationalstaatsgedanke heute das Unheil Europas und aller Kontinente ist.³⁸

Jaspers war sich zwar völlig darüber im Klaren, dass diese Einsicht (noch) nicht von vielen seiner Landsleute geteilt wurde, von Menschen in anderen Ländern Europas wie Frankreich und England ganz zu schweigen. Er war jedoch davon überzeugt, dass nationale Empfindungen in der Politik, die er als „ein falsches Bewusstsein“ abtat,³⁹ überwunden werden mussten, wenn Deutschland und Europa eine Zukunft haben sollten. Somit überraschte es nicht, dass die deutschen Intellektuellen 1989 und 1990 besorgt waren, dass der Untergang des ostdeutschen Staates zum Wiederaufleben eines ethnozentrischen deutschen Nationalismus führen würde. Wie Jaspers fürchteten sie, dass das Streben nach der deutschen Einheit die deutsche Freiheit in Gefahr bringen würde. Die ostdeutsche Revolution könnte durch einen blinden Nationalismus verraten werden, der sich mit einer gedankenlosen Konsumhaltung paarte, wofür Habermas die flotte Phrase von dem „DM-Nationalismus“ geprägt hatte.⁴⁰ Diese Be-

³⁷ Mark Lilla: *The Other Velvet Revolution. Continental Liberalism and Its Discontents*, in: *Daedalus*, 2/1994, S. 129–157.

³⁸ Zitiert in Habermas, *Die nachholende Revolution* [Fn. 36], S. 206.

³⁹ Karl Jaspers: *Freiheit und Wiedervereinigung III. Deutsches Nationalbewußtsein und Wiedervereinigung*, in: *Die Zeit*, 9.9.1960, S. 3.

⁴⁰ Jürgen Habermas: *Der DM-Nationalismus*, in: *Die Zeit*, 20.2.1990.

fürchtungen brachten jedoch die Intellektuellen in einen Gegensatz zu ihrem Volk.⁴¹ Und die Schriftstellerin Monika Maron bemerkte scharfsinnig:

Die Klagen über das falsche Ergebnis der Revolution setzen die falsche Bewertung der eigentlichen Geschehnisse voraus. Es fing an mit dem Ruf: Weg aus der DDR, und endete – über den Umweg des trotzigen Satzes: Wir bleiben hier – folgerichtig mit dem Urteil: Weg mit der DDR.⁴²

Verfassungspatriotismus für Deutschland

Für Habermas war, was immer die Gründe und die Folgen des Niedergangs des Kommunismus in Ostmittel- und Osteuropa gewesen sein mochten, klar: „Die nachholende Revolution wirft kein neues Licht auf unsere *alten* Probleme.“⁴³ Dies war eines der eigentümlichen Merkmale dieser Revolutionen: der „fast vollständige Mangel an innovativen, zukunftsweisenden Ideen“.⁴⁴ Es entsprach dieser Behauptung, dass auch Habermas als Reaktion auf die neuen Herausforderungen Lösungen anbot, die vor 1989 entwickelt und artikuliert worden waren. Die wichtigste war die Idee des Verfassungspatriotismus, der eine Antwort auf das Problem darstellen sollte, wie ein Gemeinwesen legitimierbar sei, ohne sich auf eine ethnisch definierte Nation zu stützen. Diese Problematik gewann in den 1980er Jahren an Dringlichkeit infolge des „Historikerstreits“, als Habermas die Auffassung vertrat, dass die Deutschen auf Grund des durch die Katastrophe von Auschwitz verursachten Bruchs in ihrer Geschichte gezwungen seien, gegenüber der Nationalstaatlichkeit eine kritische Haltung einzunehmen. Der Verfassungspatriotismus als Begriff stand daher schon bereit, als Habermas Deutschland durch den „DM-Nationalismus“ bedroht sah.⁴⁵ Damit einher ging die Argumentation, dass ein geeintes Deutschland eine neue Verfassung brauchte, in der sich die Wünsche und politischen Ambitionen von Menschen in West- und Ostdeutschland widerspiegeln würden, anstatt sich für eine einfachere Lösung zu entscheiden, die darin bestünde, die bereits geltenden Verfassungsbestimmungen auf die neuen Bundesländer auszudehnen, eine in Artikel 23 des Grundgesetzes vorgesehene Option. Das Tempo der politischen Ereignisse ließ jedoch die Erwartungen der meisten Beobachter hinter sich zurück, und alternative Konzeptionen, die von Intellektuellen erörtert wurden, hatten keine Chance auf Verwirklichung.

Es gab jedoch einen wichtigen Bereich, über den unter den politischen und intellektuellen Eliten sowie der großen Mehrheit der Öffentlichkeit Konsens herrschte: Ein geeintes Deutschland müsse noch fester in Europa verankert werden. Infolgedessen trieb die deutsche Einigung Europa in Richtung auf eine föderalistisch verfasste Union, die auf eine gemeinsame Währung, den Euro, gestützt war. Die deutsche Einigung ebnete den Weg für den Maastricht-Vertrag, der eine Reihe ehrgeiziger Integrations-

⁴¹ Paul Noack: *Deutschland, deine Intellektuellen. Die Kunst, sich ins Abseits zu stellen*. München 1991, S. 63.

⁴² Monika Maron: *Die Schriftsteller und das Volk*, in: *Der Spiegel*, 7/1990, S. 68–70, hier S. 70.

⁴³ Habermas, *Die nachholende Revolution* [Fn. 36], S. 7.

⁴⁴ Ebd., S. 181.

⁴⁵ Habermas, *Der DM-Nationalismus* [Fn. 40].

vorhaben in Bereichen entwickelte, die traditionell von den Mitgliedstaaten eifersüchtig gehütet worden waren, so etwa die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Man nahm an, dass die Vertiefung der europäischen Integration, wie sie sich symbolisch in dem neuen Namen Europäische Union ausdrückte, die notwendige Voraussetzung für eine zusätzliche Erweiterung sei. Auf diese Weise war die deutsche Einigung die Vorläuferin der Einigung des gesamten Kontinents; die Überwindung der Teilung Deutschlands beschleunigte die Überwindung der Teilung Europas. Da nun Europa immer mehr einem Bundesstaat ähnelte, gewann die Diskussion über die europäische Identität eine Bedeutung, zu der die Bundesrepublik Deutschland einen wesentlichen Beitrag leisten sollte.

Verfassungspatriotismus für Europa und seine Grenzen

Es erhob sich nun die Frage, ob eine europäische Föderation zu ihrer Legitimation einer europäischen Identität bedürfe, wodurch also die Nationalstaaten Europas auf einer höheren Ebene repliziert würden. Wenn ja, wozu sollte das führen? Würde ein föderalistisches Europa einfach die Probleme des ethnozentrischen Nationalismus wie Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit auf der Ebene der europäischen Zivilisation nachvollziehen? Unter diesen Umständen schien es, dass die beste Lösung des Problems, welche Art von Identität die Europäer brauchten, darin bestand, dass sie keine haben würden. Damit lag die vorgefertigte Antwort bereit: So wie der Verfassungspatriotismus für ein größeres, geeintes Deutschland sinnvoll war, schien er noch angemessener für ein größeres, geeintes Europa zu sein. Da er ja auf der Loyalität zu einem demokratischen Regierungssystem, seinen Leistungen und Werten beruht und nicht auf Ethnizität, Kultur und Geschichte, scheint er eine ideale Lösung für die Herausforderungen eines multinationalen und multikulturellen Europa bereitzustellen:

Während sich das *Nationalbewusstsein* um einen Staat kristallisiert, in dessen Gestalt sich das Volk selbst als kollektiv handlungsfähiger Akteur anschauen kann, erwächst die *Solidarität von Staatsbürgern* aus der Mitgliedschaft in einer demokratisch verfassten politischen Gemeinschaft von Freien und Gleichen.⁴⁶

So schwierig dieser „Übergang zu einer postnationalen Bewußtseinsformation“⁴⁷ auch sei, so müsse er nach Habermas zu einem gesamteuropäischen Phänomen werden. Zwar erkannte selbst Habermas die Bedeutung der Geschichte an und zog in Betracht, dass sich eine politische Gemeinschaft die universalen Werte der liberalen Demokratie in einer Weise aneignen müsse, die ihrer spezifischen Verfasstheit gemäß ist. Aber das brauchte für die Europäer kein unüberwindliches Problem darzustellen, weil sie eine gemeinsame gewalttätige Geschichte teilen. Nach einer bellizistischen Vergangenheit,

⁴⁶ Jürgen Habermas: Ist die Herausbildung einer europäischen Identität nötig, und ist sie möglich? In: Ders.: Der gespaltene Westen. Frankfurt/Main 2004, S. 68–82, hier S. 78.

die „einst alle europäischen Nationen in blutige Auseinandersetzungen verstrickt“ hatte,⁴⁸ waren sie zu der Einsicht gelangt, dass sie ihre Trennungen überwinden müssten:

Diese scharfen, oft tödlich zugespitzten Konflikte sind – in den glücklichen Momenten – auch ein Stachel zur Dezentrierung der jeweils eigenen Perspektiven gewesen, ein Antrieb zur Reflexion auf und zur Distanzierung von Voreingenommenheiten, ein Motiv zur Überwindung des Partikularismus, zum Erlernen toleranter Umgangsformen und zur Institutionalisierung von Auseinandersetzungen. Diese Erfahrungen mit gelungenen Formen der sozialen Integration haben das normative Selbstverständnis der europäischen Moderne geprägt, einen egalitären Universalismus, der uns – den Söhnen, Töchtern und Enkeln eines barbarischen Nationalismus – den Übergang zu den anspruchsvolleren Anerkennungsverhältnissen einer postnationalen Demokratie erleichtern kann.⁴⁹

Die Nationen Europas, so behauptet Habermas in Übereinstimmung mit den dominierenden, föderalistischen Narrativen der europäischen Integration, hatten aus dem Zweiten Weltkrieg eine wichtige Lektion über den destruktiven Charakter der nationalistischen Mobilisierung gelernt. Auf dieser Grundlage waren sie bereit, supranationale Kooperationsformen zu akzeptieren. Habermas ist sich darüber im Klaren, dass nicht *alle* Nationen diese Lektion in gleicher Weise verinnerlicht haben. So ist beispielsweise „die charakteristische Neigung der Beitrittsländer, argwöhnisch über ihre jüngst erworbene nationale Souveränität zu wachen,“ historisch verständlich.⁵⁰ Doch die Nationen des „Neuen Europa“ werden sich einfach anschließen müssen.⁵¹ Wie im Hinblick auf die Einigung Deutschlands trat Habermas auch mit Nachdruck für eine europäische Verfassung ein, die dazu beitragen würde, für den sich herausbildenden supranationalen Staat einen europäischen Demos zu schaffen, so dass die „europäische Einigung Fortschritte machen“ könnte.⁵²

Die Behauptung, dass wir Europäer alle in gewisser Weise die „Söhne, Töchter und Enkel eines barbarischen Nationalismus“ seien, mag zwar im speziellen Kontext der deutschen Geschichte sinnvoll sein, für andere europäische Nationen ist sie jedoch weit weniger überzeugend. Denken wir beispielsweise an die Tschechen und Polen. Aus ihrer Sicht sind die Tragödien der Geschichte des 20. Jahrhunderts nicht durch den „Nationalismus“, sondern durch die verschwisterten Übel des Totalitarismus verursacht worden: durch Kommunismus und Nationalsozialismus. Das Problem war eine ganz bestimmte, nämlich eine von den Nazis entwickelte totalitäre Version des Nationalismus, nicht der Nationalismus an sich. Die slowakischen Kommentatoren Ernest Valko und Peter Zajac sprachen für viele Menschen in Ostmitteleuropa, als sie

⁴⁸ Jürgen Habermas: Der 15. Februar – oder: Was die Europäer verbindet, in: Ders.: Der gespaltene Westen [Fn. 46], S. 43–51, hier S. 51.

⁴⁹ Habermas, Die postnationale Konstellation [Fn. 10], S. 155f.

⁵⁰ Habermas, Ach, Europa [Fn. 8], S. 101f.

⁵¹ „Im Rahmen der künftigen europäischen Verfassung darf und kann es keinen Separatismus geben.“ Habermas, Der 15. Februar [Fn. 48], S. 45.

⁵² Jürgen Habermas: Why Europe Needs a Constitution, in: New Left Review, 11/2001, S. 5–26.

bemerkten: „Die Interpretation, dass man für den Frieden in Europa die nationale Identität aufgeben muss, steht im Widerspruch zur realen Erfahrung.“⁵³

Man kann sich nämlich durchaus auf den Standpunkt stellen, dass Nazideutschland nicht besiegt worden wäre, wenn es nicht den von liberalem Nationalismus inspirierten und genährten heroischen Patriotismus all der polnischen, britischen, französischen und amerikanischen Soldaten gegeben hätte, die im Zweiten Weltkrieg gekämpft haben. Umgekehrt ist das bleibende Trauma der tschechischen Geschichte die Schwäche des tschechischen Volkes, sich gegen den Nationalsozialismus zu erheben. Jan Patočka hat wiederholt betont, dass die Verantwortung für die verfehlte Appeasement-Politik gegenüber Nazideutschland im Jahre 1938 auch von den Tschechen übernommen werden muss, die nicht so handelten, wie es einer Nation zukommt, die ihrer Freiheit würdig ist. Dadurch, dass sie den Forderungen des Münchner Abkommens kampfflos nachkamen, versäumten die Tschechen, so Patočka, eine große Gelegenheit, in der europäischen Geschichte eine entscheidende Rolle zu spielen. Das waren die Zeiten, in denen ein kriegerischer Nationalismus eine unabdingbare Notwendigkeit war; eine tragische Situation, in der die Entschlossenheit Europas, den Frieden zu bewahren, schließlich zu einem verheerenden Krieg beitrug; ein unermesslich schwieriger Augenblick in der tschechischen Geschichte, in dem es einfach nicht das Richtige war, nichts zu tun.⁵⁴

Sozialpsychologische Einsichten und zahlreiche neuere Meinungsumfragen zeigen, dass der Nationalismus, wenn er eine liberale Form annimmt, sowohl den Prozess der Demokratisierung in Ostmittel- und Osteuropa als auch den Prozess der europäischen Integration generell befördern kann. Eine kürzlich durchgeführte soziologische Untersuchung zur demokratischen Kultur in der Tschechischen Republik lässt die positive Rolle erkennen, die der tschechische Nationalismus im Jahre 1989 und danach gespielt hat.⁵⁵ Ähnlich haben die regelmäßig durchgeführten *Eurobarometer*-Umfragen wiederholt gezeigt, „dass Nationalstolz in allen Mitgliedstaaten weit verbreitet ist“:

Mit Ausnahme Deutschlands, wo der Begriff ‚Nationalstolz‘ auch noch über sechzig Jahre nach dem Ende des Naziregimes negativ besetzt ist, sind mehr als acht von zehn Befragten stolz darauf, Bürger ihres Landes zu sein.⁵⁶

Wichtiger noch, sie deuten auch darauf hin, dass „Nationalstolz einem europäischen Stolz nicht im Wege steht“; eher „könnte das Gegenteil der Fall sein“.⁵⁷ Bemerkens-

⁵³ Ernest Valko, Peter Zajac: Má zmysel vytvorit' novú európsku ústavu? In: Sme, 19.11.2005.

⁵⁴ Stefan Auer: 1938/1968, 1939/1969 and the Philosophy of Czech History from Karel H. Mácha to Jan Patočka, in: Europe-Asia Studies, 10/2008, S. 1677–1696.

⁵⁵ „Diese tschechischen Resultate sind ein schlagender Beweis für die Auffassung Auers, der zufolge sich in den Ländern (im Westen und im Osten) verschiedene Konzeptionen von Nationalismus um Einfluß bemühen. Und nicht nur das, gerade die Mischung von bürgerlichem und kulturellem Nationalismus ist möglicherweise besonders wünschenswert. Das kann der Patriotismus sein, von welchem Mazzini träumte, der über einen liberalen kulturellen Nationalismus schrieb, den besten Nationalismus für eine gedeihliche Entwicklung der Menschheit.“ Martina Klicperová-Baker, Ivo K. Feierabend et al.: Demokratická kultura v České republice. Občanská kultura, étos a vlastenectví ze srovnávacího pohledu. Praha 2007, S. 148f.

⁵⁶ Eurobarometer 64, Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Okt.–Nov. 2005, S. 25; <http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb64/eb64_de.pdf>.

wert ist jedoch, dass die Umfrage einen Stolz darauf zutage förderte, Europäer zu sein, was sich nicht so interpretieren lässt, dass „Bürger, die stolz auf ihr Land sind, auch eher stolz auf die *Europäische Union* sind, und umgekehrt“ [Hervorhebung St. A.], wie das Eurobarometer irreführenderweise behauptet.⁵⁸ Es bedeutet gewiss nicht, dass die meisten Europäer den Drang zu einem supranationalen Europa unterstützen. Wie Mette Jolly erklärt, „sind die sozialpsychologischen Voraussetzungen für eine haltbare, supranationale EU möglicherweise nicht gegeben“.⁵⁹ Das heißt mit anderen Worten, dass das *Kein-Demos*-Problem für Europa sehr real ist. Die Tatsache, dass sich die deutsche Einstellung zu nationaler Identität dramatisch von den Einstellungen anderer Europäer unterscheidet, hat tiefgreifende Konsequenzen für den Versuch von Habermas, die aus einer bestimmten deutschen historischen Erfahrung gewonnenen Einsichten zu universalisieren. Das Ironische an dem universalistischen Begriff eines Verfassungspatriotismus ist, dass er sehr deutsch ist.⁶⁰

Daher ist es alles andere als selbstverständlich, dass das gesamte Europa – vom Rest der Welt ganz zu schweigen – von einer Situation Abschied nehmen soll, in der Demokratie in erster Linie im Nationalstaat verankert ist, der sich auf ein gemeinsames Verständnis der Bürger stützt, welche sich *auch* als Angehörige ihrer jeweiligen nationalen Gemeinschaft sehen, und sich einer Situation zuwenden soll, in der immer mehr Bürger in der Lage wären, ihre nationalistischen Bindungen abzulegen und dem aufgeklärten Ideal des Kosmopolitismus näher und näher zu kommen.

Diese „postnationale Konstellation“ mag unter deutschen und europäischen Eliten im Westen starken Anklang finden, aber in den Ländern des „Neuen Europa“ wird sie zwangsläufig nur beschränkt Reiz entfalten. Ebenso wie sich zahlreiche deutsche Intellektuelle in den Jahren 1989/1990 durch unrealistische Forderungen hinsichtlich der deutschen Einigung isolierten, könnten europäische politische Eliten im „Alten Europa“, welche ehrgeizige Projekte verfolgen, die auf eine weitere Konstitutionalisierung der Europäischen Union zielen, unbeabsichtigt das europäische Projekt als solches in Gefahr bringen.

Die Erinnerungspolitik in Europa

Die europäische Nachkriegsgeschichte sieht erheblich anders aus, als es die offiziellen föderalistischen Narrative der europäischen Integration beschreiben. Tony Judt hat den Gründungsmythos der EU so charakterisiert:

Europas Aufschwung war ein ‚Wunder‘, das ‚postnationale‘ Europa hatte die bitteren Lektionen der jüngsten Geschichte gelernt und aus der Asche einer mörderischen, selbstmörderischen Vergangenheit war phönixgleich ein friedfertiges Europa erstanden.⁶¹

⁵⁸ Eurobarometer 64 [Fn. 56], S. 26. – Kritisch Jolly, The European Union [Fn. 57], S. 174.

⁵⁹ Ebd., S. 3.

⁶⁰ Charles Turner: Jürgen Habermas: European or German? In: European Journal of Political Theory, 3/2004, S. 293–314.

Seit seinem Beginn war das europäische Projekt auf eigenartige Weise von historischer Erfahrung durchdrungen: Das konstitutive Andere für das künftige Europa war Europas eigene Vergangenheit. Während Nationen gewöhnlich ruhmreiche Ereignisse ihrer eigenen Geschichte feiern, war das, was die Europäer zusammenführen sollte, die einzigartige Erfahrung einer Katastrophe: der Zweite Weltkrieg, gewiss das schrecklichste Ereignis, das die Menschheit bislang erlebt hat. Anders gesagt waren die Völker Europas mehr durch das vereint, was sie ablehnten, als durch das, wonach sie strebten.

Dieser Darstellung zufolge gelangten die Westeuropäer unter der Führung von Frankreich und West-Deutschland nach den Erfahrungen mit der Verwüstung durch zwei Weltkriege zu der Einsicht, dass Nationalismus, nationale Interessen und der Nationalstaat an sich potentiell destruktiv seien und Europa ein supranationales Regierungssystem brauche, das die Relikte der Vergangenheit überwinden könne. Obwohl die historische Forschung die Schwächen derartiger Darstellungen zur Genüge nachgewiesen hat,⁶² sind sie im westlichen, kontinentaleuropäischen EU-Selbstverständnis noch immer so fest verankert, dass es dort als zutiefst beunruhigend gilt, wenn die Eliten im „Neuen Europa“ sich der Sprache des „nationalen Interesses“ bedienen oder die Bedeutung nationaler Souveränität betonen.

Ein weiterer Aspekt des Gründungsmythos der europäischen Einheit, den man im Westen häufig übersieht, ist die Tatsache, dass die Europäische Gemeinschaft zur gleichen Zeit errichtet wurde wie die sowjetische Herrschaft über Ostmittel- und Osteuropa, wenn nicht sogar auf ihre Kosten.⁶³ Das westliche Bündnis mit Stalins Russland, das durch den Kampf gegen den Nationalsozialismus erforderlich geworden war, hatte seinen Preis. Als der Nationalsozialismus besiegt war, wurde dem Stalinismus neues Leben eingehaucht, und er erhielt ein bedeutend ausgeweitetes Territorium. Die Teilung Europas in der Nachkriegszeit war eines der bleibenden Vermächtnisse des Zweiten Weltkrieges. Während Westeuropa besonders in den ersten drei Jahrzehnten nach dem Krieg das „Goldene Zeitalter“⁶⁴ erlebte, waren die Nationen Ostmittel- und Osteuropas fest in das Sowjetimperium eingebunden.

Acquis Historique Communautaire – doch wessen Geschichte?

Es überrascht somit auch nicht, dass sich unterschiedliche nationale Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg oft schwer miteinander vereinbaren lassen. „Im Grunde genommen gab es ebenso viele Zweite Weltkriege wie Nationen,“ bemerkte ein polni-

⁶² John Gillingham: *European Integration, 1950–2003. Superstate or New Market Economy?* Cambridge 2003. – Alan S. Milward: *The European Rescue of the Nation-State*. London 1992.

⁶³ Besonders tragisch war das Schicksal Polens. Obgleich Großbritannien ursprünglich in den Krieg gegen Nazideutschland eingetreten war, um seine Unabhängigkeit zu verteidigen, ließen die Alliierten Polen schließlich fallen und gaben in Jalta den Forderungen Stalins nach. Marek A. Cichocki: *Zapomniana Europa*. Warszawa 2008, S. 21f.

⁶⁴ Diesen Titel trägt der zweite Teil von Eric Hobsbawms: *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. München 1995, S. 285–499. Hobsbawms Darstellung der europäischen Nachkriegsgeschichte ist einseitig und spielt die Auswirkungen des Kommunismus herunter. In einer Hinsicht ist seine Darstellung jedoch repräsentativ: für die Illusionen eines großen Teils der westlichen Intelligenz, die sie blind für die Leiden der Völker in Ost-

scher Journalist etwas frustriert.⁶⁵ Der Erinnerungspolitik in Europa sind unzählige Untersuchungen gewidmet worden.⁶⁶ Die meisten haben den Wunsch gemeinsam, die vergangenen Trennungen in Europa auf der Grundlage eines besseren wechselseitigen Verständnisses unterschiedlicher nationaler Perspektiven zu überwinden. Sie räumen ein, dass sich eine glaubwürdige gemeinsame europäische Erzählung, die auf einer *einheitlichen* europäischen Erinnerung beruht, zumindest in absehbarer Zukunft schwer erzielen lässt, aber meist nehmen sie an, dass eine solche wünschenswert sei. Fabrice Larat geht so weit, nach dem Vorbild des *acquis communautaire*, der die Gesamtheit der EU-Rechte und Pflichten umfasst, die für alle Mitgliedstaaten verbindlich sind, einen *acquis historique communautaire* zu fordern.⁶⁷ So wie der erstere den Regulierungsrahmen für das Funktionieren des gemeinsamen Marktes bereitstellt, sei letzterer, so Larat, notwendig, um das europäische Projekt als solches voranzubringen. Larat verweist darauf, dass in der Präambel einer Reihe von europäischen Verträgen ein derartiger *acquis* formuliert sei, wenn die konstitutiven Momente der Geschichte Europas erwähnt werden. Der Versuch, *eine einzige* gemeinsame historische Erzählung für die EU zu entwerfen und zu kodifizieren, die all ihre Mitgliedstaaten zufriedenstellen würde, birgt jedoch eine Fülle von Problemen, wie die lebhaften und gelegentlich erbitterten Debatten über die Präambel der (gescheiterten) europäischen Verfassung zur Genüge gezeigt haben. Die zugrundeliegende Annahme, dass sich alle Konflikte über Geschichte letztlich durch einen rationalen Diskurs auflösen lassen, ist verfehlt und zutiefst apolitisch.

Diese Herausforderung hat sich mit den jüngsten Erweiterungsrounden nur noch verstärkt. Larat spricht von „einer Situation kognitiver Dissonanz“ zwischen den Nationen des „Alten“ und des „Neuen“ Europa. Er versucht sie dadurch zu überwinden, dass er eine Reihe zentraler Prinzipien aufzählt. Darunter ist eines, das man als die Lektion von Versailles beschreiben kann: Damit Europa eine Zukunft hat, müssen Revanchismus und Ressentiment verboten werden. Jeder, der sich mit europäischer Geschichte befasst, weiß, dass der Versailler Vertrag ein großer Fehler war; indem er Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg Strafmaßnahmen auferlegte, bereitete er dem Aufstieg des Nationalsozialismus und dem Zweiten Weltkrieg den Weg. Doch dies ist die entscheidende Lektion von Versailles für Frankreich und Deutschland; es machte die Versöhnung zwischen diesen beiden Ländern möglich. Die Polen können denselben Vertrag nicht als großen Fehler betrachten; unabhängig von ihrer politischen Couleur feiern ihn die meisten, weil er die nationale Unabhängigkeit Polens bestätigte. Selbst wenn man von der Frage absieht, wer letztlich über den angemessenen Inhalt des *acquis historique communautaire* entscheiden würde, ist dies ein zutiefst verfehltes Unternehmen. Eine einheitliche europäische Erinnerung ist weder möglich noch wünschenswert. Wie Anson Rabinbach bemerkt,

⁶⁵ Adam Krzemiński: So viele Kriege wie Nationen. Zuerst auf Polnisch, in: *Polityka*, 6.4.2005, zit. nach Perlentaucher; <<http://www.perlentaucher.de/artikel/2299.html>>.

⁶⁶ *Geschichtspolitik und Gegenerinnerung, Krieg, Gewalt und Trauma im Osten Europas*, Berlin 2008 [= *OSTEUROPA*, 6/08]. – *Geschichte und Gedächtnis*. *Transit*, 30/2005–2006. – *Confronting Memories: European Bitter Experiences and the Constitutionalization Process*. *German Law Journal*, 2/2005.

⁶⁷ Fabrice Larat: *Presenting the Past: Political Narratives on European History and the Justification of EU Integration*, in: *German Law Journal* 2/2005 S. 273–290.

waren es weit mehr als irgendwelche einheitlichen Erinnerungen die Auseinandersetzungen über Erinnerung, [...] die das öffentliche Bewusstsein für die lokale wie die universale Dimension der europäischen Katastrophe geschärft haben.⁶⁸

Das Streben nach einem harmonischen Konsens über die Geschichte und die Identität Europas ignoriert den kontroversen Charakter aller Identitätspolitik. Die Versuche, die Loyalität der Bürger zur EU durch den Gebrauch europäischer Symbole zu stärken, sind ebenso unermüdlich wie vergeblich gewesen. Die „Flaggen- und Ballon-Strategie“,⁶⁹ die besonders eifrig in Reaktion auf die Schwierigkeiten mit der Ratifizierung des Vertrags von Maastricht verfolgt wurde, erlebte ihre jüngste Neuauflage im Hinblick auf die tschechische EU-Ratspräsidentschaft.

Die symbolische Politik der tschechischen Ratspräsidentschaft

Die fortlaufende Auseinandersetzung über die Finalität der europäischen Integration nimmt infolge der gegenwärtigen tschechischen EU-Ratspräsidentschaft neue Wendungen. Ein Vorfall, über den breit berichtet wurde und der die tschechische Ratspräsidentschaft zu überschatten drohte, noch bevor sie überhaupt begonnen hatte, war die Kontroverse zwischen Václav Klaus und einer Delegation von Mitgliedern des Europaparlaments, die von dem tschechischen Präsidenten verlangten, dass er sich ungeachtet seiner persönlichen Vorbehalte für den Vertrag von Lissabon einsetzen und dass er auf seinem Amtssitz, der Prager Burg, die Europaflagge aufziehen sollte. Unerwähnt blieb in diesen Berichten die weniger bekannte Tatsache, dass der Lissabon-Vertrag den Status der Europaflagge und anderer Symbole, die der EU eher das Aussehen eines Bundesstaates geben, in Wirklichkeit herabstufte. Das war eine Konzession an Forderungen der Niederlande, Tschechiens und Großbritanniens im Zuge der Verhandlungen, die zu diesem Vertrag geführt hatten, womit von dem gescheiterten Verfassungsvertrag erheblich abgewichen wurde. Die Europaflagge war von Anfang an eine umstrittene Neuerung. Durch die Einheitliche Europäische Akte eingeführt, stieß sie auf den Widerstand Großbritanniens. Tatsächlich sollte die Europafahne streng genommen gar keine Fahne sein. Wie Tobias Theiler bemerkt hat, fand man nach langem und unendlich kontroverserem Gerangel über den Sinn und die angemessene Verwendung europäischer Symbole dadurch eine semantische Kompromisslösung, dass man „für die Gemeinschaft ein ‚Logo‘ – oder ‚Emblem‘ – [schuf], das sich unter anderem auf rechteckigen Stoffstücken wiedergeben ließ“.⁷⁰ Das Problem des angemessenen Status der EU-Flagge ist demnach älter als die dagegen gerichteten Einwände von Václav Klaus.

⁶⁸ Anson Rabinbach: Public Intellectuals and „Totalitarianism. A Century's Debate, in: Christian Fleck, Andreas Hess, E. Stina Lyon (Eds.): Intellectuals and Their Publics. Perspectives from the Social Sciences. Farnham, Burlington 2009, S. 132.

⁶⁹ Jolly, The European Union and the People [Fn. 57], S. 12.

⁷⁰ Tobias Theiler: Political Symbolism and European Integration. München 2006, S. 12.

Gewiss betonen die zahlreichen Kritiker von Klaus in der Tschechischen Republik und in anderen Ländern zu Recht, dass seine euroskeptischen Ansichten die vielfältigen Auffassungen der Tschechen nicht in vollem Umfang wiedergeben und dass seine Befugnisse im Vergleich zu den politischen Kompetenzen der tschechischen Regierung, die der EU weitaus wohlwollender gegenübersteht, unbedeutend sind.⁷¹ Zwei Aspekte verdienen jedoch Beachtung: Erstens war einer kürzlich durchgeführten Meinungsfrage zufolge eine Mehrheit der Tschechen (55 Prozent) gegen die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon.⁷² Zweitens sind zwar sowohl die tschechische Regierung als auch das tschechische Volk gewiss proeuropäischer und europäischen Symbolen gegenüber aufgeschlossener als ihr Präsident, aber das bedeutet *nicht*, dass sie sich keine Gedanken mehr über das tschechische Nationalinteresse machen. Bezeichnend ist, dass Ministerpräsident Mirek Topolánek in einer kurzen, kaum mehr als zweihundert Worte zählenden proeuropäischen Rede, die er in Erwartung der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft hielt, die Wichtigkeit des tschechischen Nationalinteresses dreimal betonte.⁷³

Entropa: Der postnationale Kaiser hat keine Kleider

Ein kürzlich inszenierter Bluff, *Entropa*, eine Installation, die als Sammlung avantgardistischer Skulpturen aus den 27 Mitgliedstaaten ausgegeben wurde, enthüllte unbeabsichtigt die Grenzen des postnationalen Ideals für Europa. Ein Kunstwerk, das angeblich Europa feiert, indem es seine Mitgliedsnationen lächerlich macht, ist zutiefst problematisch. Daraus sind zweierlei Lehren zu ziehen. Erstens lässt dieser Bluff darauf schließen, dass die proeuropäischen Eliten bereit sind, so ziemlich alles als Kunst zu akzeptieren, solange es ihren vorgefassten Meinungen von Europa oder von dem, was Europa sein sollte, schmeichelt.⁷⁴ Zweitens hat er gezeigt, wie wichtig es ist, die Vielfalt Europas ernst zu nehmen. Die Idee, die der tschechische Konzeptkünstler David Černý der tschechischen Präsidentschaft zu verkaufen vermochte, entsprach anscheinend genau der föderalistischen Vision eines „Europa ohne Grenzen“.⁷⁵ Černý formulierte es in seinem Katalog zu dem Projekt so:

⁷¹ Beispielsweise ist der tschechische Außenminister Karl Schwarzenberg durchgängig weitaus populärer als Klaus. Nach einer im Januar 2009 durchgeführten Umfrage bewerteten 50 Prozent der Wähler ihre Meinung über ihn als „sehr positiv“ oder „eher positiv“. Stem trendy, 1/2009; <<http://www.stem.cz/clanek/1689>>.

⁷² Stem trendy, 10/2008; <www.stem.cz/tisk.php?id=1635>.

⁷³ Mirek Topolánek, 1.12.2008; <www.eu2009.cz/en/czech-presidency/czech-presidency-4014/>.

⁷⁴ Hier ist nicht der Ort, um die unlösbare Frage zu erörtern, was wahre Kunst ist, aber es verdient Beachtung, dass die hohe Stellung, welche die Avantgarde-Kunst in der zeitgenössischen Gesellschaft erlangt hat, auch bedeutet, dass „es weniger Mut erfordert, ein provozierendes Kunstwerk auszustellen, als zu sagen, dass es einem nicht gefällt“; Michaela Freiová: Stále stejná avantgarda, in: Lidové noviny, 16.1.2009.

⁷⁵ Dazu den Bericht auf der offiziellen Website der EU-Ratspräsidentschaft: <www.eu2009.cz/en/news-and-documents/news/entropa:-stereotypes-are-barriers-to-be>.

Reflexion, kritisches Denken und die Fähigkeit, sich selbst ebenso wie die Außenwelt mit einem Sinn für Ironie wahrzunehmen, das sind die Markenzeichen des europäischen Denkens.⁷⁶

Milena Vicenová, die Ständige Vertreterin der Tschechischen Republik bei der EU, unterstützte diese Rechtfertigung mit Nachdruck:

Wenn wir auf die Klischees hinweisen, fangen wir an, sie abzubauen. Dadurch, dass man sich über Vorurteile lustig macht, zerstört man sie am wirksamsten.⁷⁷

Ob aber die Ironie in der beabsichtigten Weise funktioniert, hängt in erheblichem Umfang von den Intentionen und der Glaubwürdigkeit ihres Urhebers ab. Angeblich waren Künstler aus allen 27 Mitgliedstaaten eingeladen worden, sich kritisch Gedanken über ihre Nationen zu machen. Als sich jedoch herausstellte, dass all die Kunstwerke, in denen nationale Klischees verspottet wurden, von Herrn Černý stammten, kehrte sich die ironische Geste unbeabsichtigt gegen die Sponsoren des Projekts. Beispielsweise hätten unabhängig von den Rahmenbedingungen nicht viele Bulgaren die Darstellung ihres Landes als türkisches Hockklo amüsant gefunden; wäre sie aber von einem bulgarischen Künstler geschaffen worden, dann hätte man sie zumindest als einen provozierenden Beitrag zu einer un abgeschlossenen Debatte über die Bedeutung bulgarischer Identität auffassen können.⁷⁸ Von einem tschechischen Künstler produziert, ließ sie sich nur als billiger Gag auf Kosten eines der ärmsten und verletzlichsten EU-Mitgliedstaaten betrachten. Und was die Behauptung angeht, dass die wahre Rolle der Kunst darin bestehe, kühne Provokationen hervorzubringen, so hat dieses Stück als Kunst vielleicht im Hinblick auf die Mitgliedsnationen der EU provoziert, nicht aber die proeuropäischen Eliten. Beispielsweise machte der tschechische Teil der Skulptur lediglich Klaus lächerlich, der in Brüssel gewiss nicht beliebt ist.⁷⁹

Entropa, das ja eine Vision für ein Europa vorträgt, in dem sich dessen Mitgliedsnationen keine Gedanken über ihre Identität mehr machen, ist auch wegen seines Titels unabsichtlich enthüllend. Die Anspielung auf „Entropie“, einen Schlüsselbegriff der Thermodynamik, wird dazu dienen, das abschließende Argument dieses Artikels zu veranschaulichen. Das höchste Niveau von Entropie, das auch als „Wärmetod“ bezeichnet wird, ist in einem geschlossenen System erreicht, wenn die Temperatur einheitlich verteilt ist. Wendet man Entropie auf Europa an, dann kann sie mit dem Tod der Politik gleichgesetzt werden. Wenn alle Interessen, die zwischen den Nationen Europas wie zwischen ihren einzelnen Bürgern strittig sind, letztlich durch einen

⁷⁶ Ebd. Diese Rhetorik steht im Einklang mit der entscheidenden Voraussetzung für einen Verfassungspatriotismus, der Fähigkeit europäischer Nationen, „eine reflexive Distanz zu sich einzunehmen“. Habermas, Der 15. Februar [Fn. 48], S. 51.

⁷⁷ Website der EU-Ratspräsidentschaft [Fn. 75].

⁷⁸ So wurde das Kunstwerk auch von seiner erfundenen Schöpferin „Elena Jelebova“ vorgestellt: „Für mich ist unser Projekt eine Gelegenheit, mich mit einem falschen Patriotismus auseinanderzusetzen und Entlastung von der Armutlichkeit des materiellen und geistigen Lebens in Bulgarien zu finden.“ Website der EU-Ratspräsidentschaft [Fn. 75].

⁷⁹ Klaus, Website der EU-Ratspräsidentschaft, 16.1.2009.

rationalen Diskurs gelöst werden könnten, kämen wir schließlich zu einer Situation, in der Politik überflüssig wird. Ein wahrhaft postnationales Europa würde so zu einem postpolitischen Europa werden. Wie aber steht es mit der anderen radikalen Alternative: einem Europa von Nationalstaaten, die um Einfluss konkurrieren? Wird ein Europa, in dem Nationen in zunehmendem Maße ihre Souveränität geltend machen, ebenso enden wie so viele multinationale Imperien in der Vergangenheit? Wird es damit enden, dass es seine schlimmsten Alpträume noch einmal real durchlebt?

Krastevs Alptraum: Jugoslawien als Vorläufer des Zerfalls von Europa

Der bulgarische Politologe Ivan Krastev fordert die Europäer dazu auf, sich mit dem Horrorszenerario des zerfallenden Jugoslawien zu beschäftigen. Er räumt zwar eine Reihe grundlegender Unterschiede ein, die das kommunistische Jugoslawien zu einem ungeeigneten Bezugspunkt für Probleme zu machen scheinen, vor denen die EU gegenwärtig steht, aber er zählt eine Reihe beunruhigender Ähnlichkeiten auf:

Das Jugoslawien Titos wurde von einem Mangel an Solidarität zerrissen. Die reichen Republiken – Slowenien und Kroatien – waren nicht mehr daran interessiert, für die Entwicklung des Kosovo oder Mazedoniens zu zahlen. Die EU wird gegenwärtig ebenfalls durch ein Solidaritätsdefizit bedroht. Die reicheren Staaten und Regionen der EU sind immer weniger gewillt, mit den ärmeren zu teilen. Die alten europäischen Mitgliedstaaten betrachten die Neulinge allmählich mit Feindseligkeit und Argwohn. Jugoslawien ist zusammengebrochen, weil seine politischen und intellektuellen Eliten die Kraft der nationalen Empfindungen unterschätzten und es fertigbrachten, sich einzureden, dass ethnischer Nationalismus eine Sache der Vergangenheit sei. Die EU-Eliten machen jetzt denselben Fehler.⁸⁰

Krastev weist auch darauf hin, dass sich die EU, nicht unähnlich Jugoslawien in den 1980er Jahren, ihres Ziels nicht mehr sicher ist; sie ist offensichtlich nicht in der Lage, sich auf ein gemeinsames Selbstverständnis zu einigen. Gewiss war Jugoslawien nie ein demokratischer Staat, und die Tatsache, dass es überhaupt existierte, beruhte auf der spezifischen geopolitischen Konstellation während des Kalten Krieges: sein eigentümlicher Status als blockfreie Macht verlieh ihm ein Gefühl von Sinn. Würde man aber behaupten, dass Jugoslawien von Anfang an zum Scheitern verurteilt war, dann ließe das darauf hinaus, Geschichte rückwärts zu deuten. Selbst das Konstrukt einer jugoslawischen Identität fand insbesondere unter den städtischen Eliten einen gewissen Anklang. Der Vergleich zwischen der EU und dem jugoslawischen Bundesstaat hat jedoch ganz eindeutige Grenzen, wenn es um die grundlegende Frage der Legitimität geht. Jugoslawien war nicht demokratisch, während Europa demokratisch ist – über Demokratiedefizite lässt sich nur reden, wenn es zunächst einmal eine Demokratie gibt. Man darf nie vergessen, dass sich alle Mitglieder der EU aus freien Stücken angeschlossen haben, ganz gleich welche Motive sie gehabt haben mögen, die Mitgliedschaft anzustreben. Ebenfalls steht außer Frage, dass es jedem Land freisteht, die Union zu verlassen. Ein Krieg zur Erhaltung der EU ist einfach undenkbar.

⁸⁰ Ivan Krastev, *Dangerous Analogies*, unveröffentlichtes Manuskript.

Die Rückkehr der (konflikthaften) Politik in die europäische Politik

Doch das sind extreme und falsche Alternativen. Europa sollte nicht zwischen Habermas' postnationalem, postpolitischen Konsensparadies und der Hölle wählen, die Jugoslawien zerfallen ließ. Es muss noch andere Optionen geben. Nicht mehr möglich ist es, mit dem Projekt so weiterzumachen wie bisher. Das alte Integrationsmodell, bei dem aufgeklärte Eliten in der Lage waren, ehrgeizige Integrationsprojekte zu verfolgen, und annahmen, dass das „einfache Volk“ ihre Weisheit schließlich würdigen werde, gilt nicht mehr. Die Zeiten der stillschweigenden Zustimmung sind vorbei. Infolge ihrer verzerrten Ansichten über die Vergangenheit Europas und ihre unrealistischen Erwartungen an seine Zukunft können die EU-Enthusiasten durchaus zum Niedergang des Europa beitragen, das sie zu fördern bestrebt sind. Ein Europa von 27 und mehr Mitgliedstaaten ist zwangsläufig heterogener, vielfältiger und schwerer zu lenken. Es gilt damit aufzuhören, dies als eine Belastung anzusehen, die überwunden werden muss. Man sollte es als Chance sehen: Mehr Streitigkeiten führen zu mehr Politik.

In Auseinandersetzung mit der Habermasschen Auffassung von einer Politik, die auf kommunikativer Rationalität beruht, setzt Ralf Dahrendorf den „utopischen Träume[n] der Harmonie durch herrschaftsfreien Diskurs“⁸¹ ein Kantisches Verständnis von Politik entgegen, das vor Konflikten nicht zurückscheut. Ohne Konflikt, so Kant,

würden in einem arkadischen Schäferleben, bei vollkommener Eintracht, Genügsamkeit und Wechselliebe, alle Talente auf ewig in ihren Keimen verborgen bleiben: die Menschen, gutartig wie die Schafe, die sie weiden, würden ihrem Dasein kaum einen größeren Wert verschaffen, als dieses ihr Hausvieh hat; [. . .] Dank sei also der Natur für die Unvertragsamkeit, für die mißgünstig wetteifernde Eitelkeit, für die nicht zu befriedigende Begierde zum Haben, oder auch zum Herrschen! Ohne sie würden alle vortrefflichen Naturanlagen in der Menschheit ewig unentwickelt schlummern. Der Mensch will Eintracht; aber die Natur weiß besser, was für seine Gattung gut ist: sie will Zwietracht.⁸²

Um Missverständnissen vorzubeugen: Es geht nicht um Konfrontation und Streit in Europa an sich. Erforderlich ist vielmehr ein realistischerer Blick auf die europäische Politik, der auf der Einsicht beruht, dass es in der Politik grundsätzlich um den Umgang mit Konflikten geht. Dies ist auch der Weg, auf dem das „Neue Europa“ die Zukunft Europas noch weiter gestalten kann. Europa muss seine Bürger binden, indem es sein Gemeinwesen politischer macht; indem es dieses Gemeinwesen einer heftigen politischen Auseinandersetzung über seine Ziele öffnet sowie darüber, wie sich diese am besten erreichen lassen. Auf diesem Wege sollte Europa repolitisiert werden. Das „Alte Europa“ muss seine Angst vor dem „Neuen Europa“ überwinden und den konflikthaften Charakter von Politik im künftigen Europa anerkennen.

Aus dem Englischen von Martin Pfeiffer, Berlin

⁸¹ Ralf Dahrendorf: Auf der Suche nach einer neuen Ordnung. München 2003, S. 139.

⁸² Immanuel Kant: Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht, in: Ders.: Was ist Aufklärung? Aufsätze zur Geschichte und Philosophie, hg. v. Jürgen Zehbe. Göttingen 1991, S. 117–118.

Kai-Olaf Lang

Rebellion der Ungeduldigen

Populismus in Ostmitteleuropa

Populistische Politiker und Parteien haben Erfolg. Sie stellen Prinzipien der liberalen Demokratie wie Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Pluralismus und Minderheitenschutz offen oder latent in Frage. Der Populismus ist inhaltlich, thematisch und ideologisch facettenreich. Er reicht von der extremen Rechten über antimoderne Agrarparteien und Sozialpopulisten bis zu Linksegalitaristen. Das Gros ist prosozial, national und europaskeptisch. Die Populisten erhalten Unterstützung aus der Peripherie, den Verlierermilieus der Zentren und zunehmend auch von der „verhinderten Mittelklasse“, deren Hoffnungen unerfüllt geblieben sind. Der Anpassungskonsens aus der Zeit des Beitritts zur EU, soziale Härten zu akzeptieren, funktioniert nicht länger. Der Erfolg der Populisten ist ein Indikator für anhaltende Funktionsdefizite in Staat und Verwaltung.

Noch vor kurzem waren es die Konsolidierung der Demokratie und geglückte Reformen, mit denen sich die meisten Analysen über die Beitrittskandidaten oder neuen EU-Mitglieder aus Ostmitteleuropa beschäftigten. Als sich die Aufmerksamkeit vom vermeintlich stabilisierten Teil des Kontinents auf die Problemzonen an der östlichen und südöstlichen Peripherie richten wollte, taten sich neue Brüche auf. In vielen der in die Europäische Union aufgenommenen Länder trat eine nicht dagewesene oder längst überwunden geglaubte innenpolitische Labilität auf. Radikale Parteien unterschiedlicher Provenienz erzielten beachtliche Wahlerfolge. Ebenso aggressive wie lautstarke Politiker stiegen zu großer Beliebtheit auf, gewannen Parlamentsmehrheiten und übernahmen Regierungsverantwortung.

Es waren die Urnengänge 2005 und 2006, die als Weckruf fungierten. In diesen Jahren wurden in Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarn neue Parlamente gewählt. In Polen stand zudem der Staatspräsident zur Wahl. Hier kamen die Kaczyński-Zwillinge mit ihrer Partei *Recht und Gerechtigkeit* (Prawo i Sprawied-

Kai Olaf Lang (1967), Dr. soz. pol., wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

Von Kai-Olaf Lang erschien in OSTEUROPA: Europapolitik ohne Kompaß. Polen sucht seinen Weg in der EU, in: Quo vadis, Polonia? Kritik der polnischen Vernunft [= OSTEUROPA, 11–12/2006], S. 81–92. – Anatomie einer Zurückhaltung: Deutschland und die Visegrád-Gruppe, in: OSTEUROPA, 10/2006, S. 5–14. – Auf dem Weg zur IV. Republik? Die Parlamentswahlen in Polen vom 25. September 2005, in: OSTEUROPA, 10/2005, S. 135–147. – Zwischen Sicherheitspolitik und Ökonomie. Polens Energiewirtschaft im Spannungsfeld, in: OSTEUROPA, 9–10/2004, S. 203–222. – Störenfriede oder Ideengeber. Die Neuen in der CASP, in: OSTEUROPA, 5/2004, S. 112–120.